

The Hill

Von Beginn an zum Scheitern verurteilt: Warum ein souveränes Palästina nicht in nächster Zukunft passieren wird

von Ilan Berman, Meinungsbeitrag - 05/31/24 7:30 Uhr ET

Am 22. Mai hielten die Premierminister Spaniens, Norwegens und Irlands eine gemeinsame Pressekonferenz ab, in der sie offiziell ankündigten, dass ihre Regierungen bereit seien, einen souveränen palästinensischen Staat anzuerkennen. Der Schritt, obwohl weitgehend symbolisch, ist bedeutungsvoll inmitten des Krieges Israels gegen die Hamas im Gazastreifen (und beabsichtigt eindeutig, ihn zu beeinflussen). In der Praxis ist sie auch gefährlich - in erster Linie für die Palästinenser selbst.

Stellen Sie für einen Moment die moralischen Dimensionen, die Gräueltaten der Hamas vom 7. Oktober mit palästinensischer Souveränität zu belohnen, beiseite. Das andere Problem, das nicht annähernd genug Aufmerksamkeit bekommt, ist der neue rechtliche und politische Status quo, der zwischen Israel und den Palästinensern vorherrschen würde, sobald die Staatlichkeit gelten würde.

Zum einen würde es die internationalen Verpflichtungen, die der Einheit, die Gaza und das Westjordanland regiert, dramatisch erweitern. Derzeit genießt die Palästinensische Autonomiebehörde üppige Subventionen, auch von den USA, für ihre Sicherheitskräfte, während sie nur eine begrenzte Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Westjordanland übernimmt und gleichzeitig eine Politik betreibt, die den Terrorismus gegen Israel anregt.

Tatsächlich ist die Palästinensische Autonomiebehörde selbst in dieser Hinsicht sehr kompromittiert; bereits im März skizzierte die israelische Zeitung Ma'ariv, dass Mitglieder des offiziellen Sicherheitsapparats der Palästinensischen Autonomiebehörde in der Regel alle zwei Wochen in extremistische Gewalt gegen Israel verwickelt waren. In Gaza ist die Situation viel schlimmer, da das Gebiet von einer ausgewachsenen terroristischen Organisation regiert wird, die wiederholt geschworen hat, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um Israel auszurotten.

Dieser Zustand wird unter einer Staatlichkeit unhaltbar werden. Das Customary International Law (*Völkergewohnheitsrecht*) schreibt vor, dass ein souveräner Staat sicherstellen muss, dass die Nachbarländer vor Schäden geschützt werden, die von innerhalb der eigenen Grenzen ausgehen. Wenn ein Land nicht willens oder nicht in der Lage dazu ist, ist es verpflichtet, internationale Hilfe zu erbitten oder die Konsequenzen zu tragen, bis hin zum Einsatz von Gewalt.

Diese Rechtsgrundlage wurde von verschiedenen Ländern so ausgelegt, dass taktische Angriffe auf ausländischem Boden mög (wie unter der Obama-Regierung beim umfangreichen Drohnenangriffen auf pakistanischem Boden), und könnte von Israel als Grundlage für umfangreiche Anti-Terror-Operationen in den gesamten palästinensischen Gebieten angesehen werden.

In der Praxis bedeutet dies, dass sich ein aufstrebender palästinensischer Staat fast sofort im Krieg mit dem benachbarten Israel befinden würde.

Zum anderen würde sich ein palästinensischer Staat abrupt der Subventionen berauben, die die Palästinenser derzeit genießen. Vor dem 7. Oktober versorgte Israel die palästinensischen Gebiete [mit fast einem Drittel ihres Treibstoffs](#), [einer direkten Beschäftigung für über 100.000 Arbeiter](#), indirekter Beschäftigung für Zehntausende mehr und unzähligen anderen Anreizen. Selbst im Laufe des aktuellen Krieges haben humanitäre Erwägungen - sowie ein umfassender westlicher Druck - Israel dazu gebracht, [seine Hilfe zu erweitern und sogar zu stärken](#). All das würde mit der formalen Schaffung von „Palästina“ zu Ende gehen. Israel wäre nicht mehr verpflichtet, das neue Unternehmen zu stützen, weder wirtschaftlich noch anderweitig.

Ausserdem ist ein Zustand, der die Hamas an der Macht lässt, für Israel, die USA und viele andere Nationen inakzeptabel. Doch die einzige verfügbare Alternative, die Regierung des Vorsitzenden der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, hat sich als nicht in der Lage (oder nicht willens) erwiesen, sinnvoll für palästinensischen Wohlstand zu sorgen. Vielmehr ist die Palästinensische Autonomiebehörde weithin als [Brutstätte von Korruption und Misswirtschaft](#) anerkannt.

Die Palästinensische Autonomiebehörde ist bei den Palästinensern überwiegend unbeliebt. [In einer Umfrage des Palästinensischen Zentrums für Politik und Umfrage](#), einem angesehenen Meinungsforschungsinstitut aus Ramallah vom [April 2024](#), äusserten zwei Drittel der Befragten „den Glauben, dass die Palästinensische Autonomiebehörde jetzt eine Belastung für das palästinensische Volk ist“, und die Mehrheit der Befragten befürwortete ihre völlige Auflösung.

Das bedeutet, dass „Palästina“ ohne ernsthafte interne Veränderungen von Anfang an dazu prädestiniert ist, so etwas wie ein gescheiterter Staat zu sein, der intensive Investitionen und das Engagement internationaler Geber über Jahrzehnte erfordern würde.

Diese und unzählige andere Faktoren erklären, warum die USA, obwohl sie ein konsequenter Verfechter einer „Zwei-Staaten-Lösung“ sind, die kurzfristige Schaffung eines palästinensischen Staates ablehnen. Sie sind auch die Gründe dafür, warum die internationale Gemeinschaft, obwohl 142 Länder nun formell "Palästina" anerkannt haben, nicht bereit sind, es wie eine souveräne Nation zu behandeln.

Fast sicher ist, dass nichts von alledem in spanische, norwegische oder irische Überlegungen einkalkuliert wurde, die durch den Impuls angetrieben zu werden scheinen, das derzeitige Leiden in Gaza mit irgendwelchen notwendigen Mitteln zu lindern. Aber wenn diese Regierungen und andere wirklich daran interessiert sind, den Palästinensern zu helfen, wäre ein nützlicher und sinnvollerer Ansatz, auf eine nachhaltige Entwicklung und verantwortungsvolle Regierungsführung zu drängen.

So wie die Situation sieht, sollten die Befürworter der palästinensischen Staatlichkeit äusserst vorsichtig sein, was sie sich wünschen.

Ilan Berman ist Senior Vice President beim [American Foreign Policy Council](#).